

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 03 88 846 pbbn d



## Inhalt

Dr. Bruno Kreisky zum  
70. Geburtstag von Willy  
Brandt. Seite 1

Ernst Waltemathe MdB  
kommentiert die Geißler-  
Äußerungen in Santiago  
und die Entwicklung in  
Chile: Der CDU geht es  
um Einflußnahme.  
Seite 3

Hans Urbaniak MdB, Mit-  
glied des Bundestagsaus-  
schusses für Arbeit und  
Sozialordnung, würdigt  
die Arbeit der nationa-  
len Meidestelle für che-  
mische Stoffe: Effekti-  
ve Arbeit geleistet.  
Seite 5

Dr. Werner Holtfort MdL,  
Bundesvorsitzender des  
Republikanischen Anwalt-  
vereins, zur Strafvoll-  
zugs-Praxis in Nieder-  
sachsen: Chemische Keule  
zur "Ruhigstellung".  
Seite 6

38. Jahrgang / 241

16. Dezember 1983

Für die Träume seiner Jugend Achtung getragen

-----  
Willy Brandt zum 70sten

Von Dr. Bruno Kreisky

Unlängst hat mir einer unserer deutschen Freunde gesagt, daß er den Eindruck habe, Willy Brandt sei zu den politischen Auffassungen seiner Jugend zurückgekehrt. Ich war mir nicht sicher, ob das ausschließlich im positiven Sinne gemeint war. Mir aber sind wieder einmal die Worte des Marquis Posa eingefallen von seinem "kühnen Traum- bild eines neuen Staates", der den Don Carlos über die Königin vermitteln läßt: "Sagen Sie ihm, daß er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er ein Mann sein wird."

Ich jedenfalls habe mich entschlossen, das, was mein Gesprächspartner gemeint hat, nur in einer sehr positiven Weise zu verstehen. Es bleibt eine Wahrheit, daß man über politische Menschen nur dann ein richtiges Urteil hat, wenn man ihren Lebensweg über einen längeren Zeitraum hin verfolgen kann. Im Falle Willy Brandts kann ich das für einen Zeitraum von bald 44 Jahren tun. Damals trat Willy Brandt in Erscheinung als Internationalist in schwierigster Zeit. Ihm, dem Deutschen, gelang es, Angehörige vieler Nationen zu einem fast allwöchentlichen Gespräch über die Welt nach dem Kriege zu sammeln.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 3 12-1

Erstklasser-Litho  
auf wertvollem Rohstoff  
Recycling-Papier



Wir waren überzeugt, daß Hitler besiegt werden wird. Wie lange es dauern wird, das wußten wir nicht. Wir haben Gedankengänge entwickelt, deren wir uns, wenn wir sie heute nachläsen, nicht schämen müßten. Man findet sie übrigens in den damals in Stockholm erschienenen Büchern von Willy Brandt und am deutlichsten in seinem schwedischen Buch "Efter Freden". Willy Brandt hat damals eine sehr fruchtbare Tätigkeit entfaltet und es liegt ein hohes Maß historischer Gerechtigkeit darin, daß er heute der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale ist. Sie ist umfassender als je zuvor und ihr moralisches Gewicht ist größer geworden - nicht zuletzt durch Willy Brandt.

Willy Brandt war in Spanien und hat dort am Totenkampf der spanischen Demokratie teilgenommen, den er so interessant und erschütternd in seinem letzten Buch beschreibt. Dann kam die große Zeit von Berlin.

Daran muß heute erinnert werden, wo man seine Haltung zur Abrüstungsfrage mit so vielen Verdächtigungen verbindet, ihn geradezu der Appeasementpolitik zeihet. Das einem Willy Brandt, der zusammen mit Reuter in Wirklichkeit doch für eines der Fanale der Policy of Containment, für den Berliner Widerstand, maßgebend war. Wenn es im Kalten Krieg Niederlagen Stalins gegeben hat, so hat jedenfalls eine davon, die schwerste, ihm Willy Brandt zusammen mit den Berlinern zugefügt. Später hat dann die deutsche Sozialdemokratie unter Willy Brandt die politische Führungsrolle in Deutschland übernommen. Denn ohne die große Wende in der deutschen Außenpolitik wäre die Entspannungspolitik nie zustande gekommen.

Das sind die großen Leistungen, wie sie sich für einen von außenstehend Betrachtenden darstellen. Für Willy Brandt gilt das Wort in Abwandlung Conrad Ferdinand Meyers über Ulrich Hutten: "Er ist kein ausgeklügeltes Buch, er ist ein Mensch mit seinem Widerspruch." Und das menschliche in der Tat ist bei Willy Brandt eine Kategorie für sich, die es verdienen würde in ihrer ganzen Breite geschildert zu werden.

Wir alle haben Willy Brandt für vieles sehr zu danken.

(-/16.12.1983/ks/rs)

+ + +



Geißler, Chile und die Demokratie

Anmerkungen zum Auftritt des CDU-Generalsekretärs in Santiago und zur Situation in dem unterdrückten Land

Von Ernst Waltemathe MdB

Am 13. Dezember hat Heiner Geißler auf einem Treffen der Christlich-Demokratischen Internationale in Chiles Hauptstadt Santiago zur Rückkehr zur Demokratie in jenem Lande aufgerufen. Obwohl es, so Geißler, "Verbesserungen" in Chile gegeben habe, reichten diese jedoch keineswegs aus. Er wiederholte die Forderungen der Opposition Chiles nach Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und nach Freiheit für die politischen Parteien und Gewerkschaften und versicherte, daß "ein demokratisches Chile auf die freundschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann".

Geißlers neugefundene Solidarität mit der unterdrückten chilenischen Bevölkerung ist durch die wesentlichen Veränderungen der politischen Situation in Chile im Jahre 1983 zu erklären. Als der erste bekannte Christdemokrat, der ehemalige Parlamentarier Claudio Huepe, im Jahre 1975 verhaftet und anschließend aus Chile ausgewiesen wurde, waren keine lauten Proteste aus den Reihen deutscher Christdemokraten zu hören. Sie schwiegen auch zu willkürlichen Verhaftungen, Folterungen, dem Verschwindenlassen und Ermordungen tausender Akademiker, Gewerkschafter, Studenten, Campesinos und Slumbewohner während der Jahre nach dem Putsch.

Pinochets katastrophale Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, daß nicht nur Heiner Geißler nach zehn Jahren zu der Schlußfolgerung gelangt ist, daß die Menschenrechtsverletzungen in Chile nicht zu ertragen sind. Auch in Chile ist es vielen ehemaligen Anhängern des Regimes klar geworden, daß die Militärdiktatur ihren Interessen nicht mehr dient. Pinochet wird von allen Seiten zunehmend unter Druck gesetzt. Die Wirtschaftsbesse sind längst enttäuscht. Sogar der Luftwaffen-General der Militärjunta, Fernando Matthei, hat mehrmals die Meinung geäußert, daß es höchste Zeit sei, daß die Streitkräfte in ihre Kasernen zurückkehren. Auch die US-Regierung betrachtet ihren Schützling Pinochet mit immer weniger Sympathie. Gleichzeitig haben die Protestaktionen der Bevölkerung gegen das Regime ein solches Ausmaß erreicht, daß einige Beobachter meinen, Chile sei schon in der Vorphase einer bürgerkriegsähnlichen Situation.



Dies ist offensichtlich die Befürchtung auch Heiner Geißlers: Eine weitere Zunahme der inneren Spannungen in Chile könne zu einer ähnlichen Lage wie in Nicaragua führen, warnte er in Santiago. Seine Befürchtung ist nicht unbegründet. Je länger die gegenwärtige Situation aufrechterhalten wird, desto größer ist die Gefahr einer Gewalteskalation. Es ist aber viel leichter zur Demokratie aufzurufen als eine politische Lösung in der aktuellen Situation zu finden.

Im August hat die "Demokratische Allianz" (ein Zusammenschluß von Christdemokraten, Rechten und einigen Parteien der Linken außer den Kommunisten) versucht, mit dem Regime zu verhandeln. Es wurde aber bald deutlich, daß eine der Voraussetzungen für einen politischen Kompromiß nicht vorhanden war, nämlich die Bereitschaft der Militärs, einigen grundsätzlichen Änderungen zuzustimmen. Angesichts der immer schneller anwachsenden Protestbewegung unter der Bevölkerung kann man auch nicht ohne weiteres mit der Bereitschaft der Opposition rechnen, die "begrenzte" Liberalisierung zu akzeptieren, die die Militärs, wenn überhaupt, bieten würden.

Um das Regime zu einer wirklichen Demokratie, das heißt zum Rücktritt Pinochets zu zwingen, ist eine stärkere Beteiligung an den Protestaktionen in den Minen und Fabriken notwendig. Angesichts der Wirtschaftskrise ist das aber nur sehr schwer zu erreichen. Ist dann der wahrscheinlichste zukünftige Weg der, den Pedro Felipe Ramírez, Vordenker der "Christlichen Linken" befürwortet? "Die einzige Weise, das Land unregierbar zu machen besteht darin, den zivilen Ungehorsam als Kampftechnik und Kampfform weiterhin zu entwickeln", sagte er der Zeitschrift "Análisis" gegenüber. Er wurde deswegen anschließend verhaftet.

Die CDU setzt auf einen Regierungswechsel in Santiago und geht sicherlich zu Recht davon aus, daß die chilenische christdemokratische Partei eine entscheidende Rolle in der nächsten Regierung Chiles spielen wird. Deshalb die rasche Annäherung zur Schwesterpartei, die traditionell von den Deutschen als unangenehm "links" betrachtet wurde.

Die CDU will sich ihren Einfluß auch unter den Gewerkschaften sichern, indem sie den christdemokratischen Dachverband, die "Demokratische Arbeiterunion" (UDT) mit großzügiger Hilfe seitens der Konrad Adenauer Stiftung unterstützt. Zur Zeit hat der andere Dachverband Chiles die "Nationale Gewerkschaftskoordination" (CNS) durch sein konsequenteres Auftreten bei den monatlichen Protesttagen mehr Einfluß innerhalb der Opposition gewonnen. Die CNS wird von "linken" Christdemokraten und allen Parteien der Linken unterstützt. Mit der Rückkehr ihres Vorsitzenden Manuel Bustos, der selber ein Christdemokrat ist, aus dem Exil hat die CNS große Demonstrationen organisieren können, so zum Beispiel bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Santiagos als auch bei seinem späteren Besuch in der Kupfermine von Chuquicamata, wo 6.000 Bergarbeiter ihn enthusiastisch empfangen.

Pinochets Tage als Präsident mögen gezählt sein. Wieviele er noch hat, vermag aber niemand zur Zeit einzuschätzen.

(-/16.12.1983/ks/rs)

+ + +



Effektive Arbeit.

Die nationale Meldestelle für chemikalische Stoffe hat sich bewährt

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die nationale Meldestelle und Bewertungsstelle für chemikalische Stoffe, die 1981 im Rahmen des Chemikaliengesetzes der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund angegliedert wurde, hat die Anfangsschwierigkeiten überwunden und arbeitet inzwischen sehr effektiv. Die Verwendung von gefährlichen Stoffen hat in allen Ländern, besonders in den Industrieländern, Probleme aufgeworfen, und die EG hat schon vor Jahren damit begonnen, für dieses Gebiet europäische Regelungen zu erstellen.

Die Umsetzung nach deutschem Recht des Chemikaliengesetzes sieht vor, daß die Hersteller und Einführer neuer Stoffe diese auf ihre gefährlichen Eigenschaften für Mensch und Umwelt prüfen lassen müssen. Auf Grund der oben genannten Prüfverpflichtung können bereits in einem früheren Vermarktungsstadium etwaige Gefährdungsmöglichkeiten durch Industriechemikalien erkannt werden, um im Sinne des Vorsorgeprinzips gegebenenfalls mit geeigneten Maßnahmen rechtzeitig einzugreifen. Dieses Instrument ist besonders zum Schutz der Arbeitnehmer von Bedeutung, die bei Herstellung und Verwendung gefährlicher Stoffe erfahrungsgemäß zuerst gefährdet sind.

Staatlicherseits ist das Gesetz durch eine Anmeldestelle und drei Bewertungsstellen vollzogen worden. Die oben genannte Anmeldestelle ist Drehscheibe zwischen allen Beteiligten. Sie erläßt die erforderlichen Verwaltungsakte (Prüfungsanordnungen, Auflagen für das In-Verkehr-Bringen und anderes) und fungiert als Sprachrohr aller Bewertungsstellen nach außen, insbesondere gegenüber den Bundesländern, der EG-Kommission und den EG-Mitgliedstaaten.

Die Bewertungsstellen (für Arbeitsschutz und Umweltschutz und Verbraucherschutz) prüfen die Meldeunterlagen nach und bewerten sie, das heißt, sie schätzen Gefährdungsmöglichkeiten ab und gründen darauf ihre Maßnahmevorschläge an die Bundesregierung.

Seit Einrichtung der nationalen Meldestelle und Bewertungsstelle in Dortmund sind bisher zehn Neuanmeldungen und über 50 Mitteilungen über neue chemische Stoffe eingegangen. Eingerichtet ist diese Meldestelle auf 200 bis 300 Anmeldungen pro Jahr, die auch nach Einschätzung von Fachleuten erreicht werden.

Durch eine lückenlose Anmeldung und Prüfung aller neuen Stoffe, durch zielgerichtete Tests auf Langzeitgefährdung für Mensch und Umwelt vor der Vermarktung, durch die Einbeziehung der Gefährdungproblematik der alten Stoffe in die Untersuchungs- und Meldeverpflichtung, sollte nach Willen des Gesetzgebers für die Zukunft ein optimaler Schutz erreicht werden.

Schon heute läßt sich sagen, daß die nationale Meldestelle ihre Bewährungsprobe bestanden hat.

(-/16.12.1983/ks/hü)

+ + +



Chemische Keule im Gefängnis

Wie die niedersächsische Landesregierung Strafgefangene "ruhig stellen" läßt

Von Dr. Werner Holtfort MdL

Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltvereins

Wie in vielen Bundesländern, so werden auch in Niedersachsen zu viele Bürger und viel zu lange in Justizvollzugsanstalten eingesperrt. Es gibt Gefängnisse, die bis zu 40 Prozent überfüllt sind. Etwa ein Viertel der Gefangenen sind in Untersuchungshaft, obgleich ihrer häufig entweder ein Freispruch oder die Einstellung des Verfahrens, eine Geldstrafe oder allenfalls eine geringere Freiheitsstrafe, als sie schon abgesessen haben, harrt. Die Begründung dafür ist in fast allen Fällen sogenannte Fluchtgefahr, obschon man nicht weiß, wie jemand bei unserem dichten Fahndungsnetz den Strafverfolgungsbehörden entwischen könnte. Es sind sogar 14jährige Kinder dazwischen, bei denen durch bösen Einfluß erwachsener Mitgefangener und die brutale Subkultur in unseren Gefängnissen der erste Haftvollzug oft zu einer wirklich kriminellen Laufbahn führt.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind zum Teil einfach menschenunwürdig. Über die Hälfte der Gefangenen sind arbeitslos. Fortbildung, sinnvolle Freizeit und Sport sind meist kaum möglich. Viele Gefangene werden in der Haft rauschgiftsüchtig. Selbstmordversuche sind weit häufiger als in Freiheit.

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem am 1. Januar 1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetz ein neues Ziel gesetzt: Strafgefangene sollten nicht nur einfach verwahrt werden, sondern - dies ist das einzige gesetzliche Vollzugsziel - so behandelt werden, daß man ihre Fähigkeit entwickelt, "künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen". Deshalb soll das Dasein im Vollzug "den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit als möglich angeglichen werden". Dem steht die Überfüllung im Wege. Außerdem reicht die Zahl der überwiegend sehr gutwilligen Vollzugsbeamten nicht aus. Es fehlen Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen, Ärzte und für das Vollzugsziel gut vorgebildete Beamte des allgemeinen Dienstes. Ein Beamter hat heute in Niedersachsen ebensoviel Gefangene zu betreuen, wie vor 1977, also wie zur Zeit des stumpfsinnigen Einsperrrens zwecks alttestamentarischer "Sühne".

Die SPD-Fraktion im Hannoverschen Landtag hat einen umfangreichen Katalog von Abhilfen vorgeschlagen, wie zum Beispiel gnadenweisen Straferlaß, wenn das Vollzugsziel erreicht ist, Auslieferung von Ausländern, die in ihrem Heimatland wegen irgendwelcher Missetaten gesucht werden und diese Auslieferung selbst wünschen, Weisung an die Staatsanwaltschaft, nicht so viele Haftbefehle zu beantragen - um nur Weniges zu nennen. Die Landesregierung macht davon keinen Gebrauch.

In dem so entstandenen bösen Klima gedeihen nicht etwa Einsichten im Fehlverhalten, Reue, Wiedereingliederung in die Gesellschaft, sondern Staatsfeindschaft, Verzweiflung und Aggressivität. Die Vollzugsbeamten fühlen sich demgegenüber hilflos. Viele von ihnen räumen verstört ein, die Verhältnisse zwingen sie dazu, täglich gegen bestehende Gesetze zu verstoßen.



Die Ernst-Albrecht-Regierung, statt die Ursachen zu erforschen und abzustellen, behandelt die Mißstände zunehmend als rein polizeilich lösbares Problem. Sie setzt neuerdings - was sie früher selbst abgelehnt hatte! - die "chemische Keule" mit "Tränengas" ein, um aufsässige Gefangene zu "beruhigen". Dabei ist ihr wohlbekannt (wie sie auf eine parlamentarische SPD-Anfrage zugab), daß Tränengas im geschlossenen Raum bis in die Lungenbläschen dringt, was zu Blutungen in der Lunge oder zum Lungenödem führen kann, einer unter Umständen tödlichen Krankheit, ferner, daß das Gift nach umfangreichen Untersuchungen in den USA in über hundert Fällen zum Verlust des Augenlichtes führte, wenn es die Augen traf.

Die Antwort des niedersächsischen Ministers der Justiz vom 10. November auf jene Anfrage schildert einen bezeichnenden Vorfall. Der Ausländer war seit Monaten in "Abschiebehaft", weil man ihn den Behörden seines Heimatstaates überliefern wollte. Er verstand die deutsche Sprache nicht, war also besonders hilflos, konnte sich wohl auch von seinen heimischen Behörden nichts Gutes erwarten. Schließlich verlor er die Nerven und begann zu toben. Weil zwei Vollzugsbeamte nicht mit ihm fertig wurden, holte man drei Polizisten zu Hilfe, die durch eine Klappe in der geschlossenen Tür Tränengas in den kleinen Haftraum sprühten. Danach wurde der Häftling mit dem Polizeiknüppel geschlagen, gefesselt und schließlich in eine "Beruhigungszelle" verbracht.

Die niedersächsische Landesregierung billigt dieses Verhalten ausdrücklich. Sie behauptet, durch einfache körperliche Gewalt könnten fünf Beamte "In aller Regel" keinen tobenden Gefangenen in der Zelle bewältigen; daher liege der Einsatz des Tränengases im Rahmen des Verfassungsprinzips der "Verhältnismäßigkeit der Mittel".

Diese Rechtfertigung durch die Landesregierung gleicht einer Einladung an die selbst unter den Verhältnissen leidenden, mit Recht mißmutig gewordenen Beamten, Fälle von Nervenzusammenbrüchen der Gefangenen künftig auf gleiche Weise zu "behandeln"!  
(-/16.12.1983/ks/rs)

+ + +

